



Forum VIII: „Deutschlands Interessen in Europa, der Außen- und Sicherheitspolitik“. Bundesverteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung MdB, der Parlamentarische Staatssekretär Peter Hintze MdB und Elmar Brok MdEP.

Forum VIII „Deutschlands Interessen in Europa, der Außen- und Sicherheitspolitik“

Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik sind untrennbar miteinander verknüpft. Dies verdeutlichte die Diskussion, die von Peter Hintze, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, geleitet wurde.

Der Europaabgeordnete Elmar Brok erklärte in seinem Einführungsvortrag, nach dem Scheitern des Europäischen Verfassungsvertrags sei der neue EU-Reformvertrag notwendig, um die EU mit 27 Mitgliedsstaaten handlungsfähig zu machen. Er lobte die geplante Stärkung des Subsidiaritätsprinzips. Damit werde eine schleichende Kompetenzübertragung auf die europäische Ebene verhindert. Entscheidend sei nun die Zustimmung der EU-Mitgliedstaaten zum Reformvertrag. Sonst drohe ein Europa der zwei Geschwindigkeiten. Elmar Brok bekannte sich zur Unabhängigkeit der Europäischen

Zentralbank und sprach sich gegen eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei aus, die die Aufnahmefähigkeit der EU überfordere.

Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung lobte das internationale Engagement der Bundeswehr. Gefahren müsse da begegnet werden, wo sie entstünden. Dies gelte insbesondere für den Terrorismus, der in dem von den Taliban beherrschten Afghanistan einen Ausbildungs- und Rückzugsraum gefunden habe. Der Einsatz in Afghanistan schütze damit auch die Sicherheit Deutschlands. Zugleich müsse der Aufbau des Landes in einem Konzept vernetzter Sicherheit gefördert werden. Franz Josef Jung sprach sich für den Erhalt der Wehrpflicht aus. Sie habe sich historisch bewährt und eröffne vielen jungen Menschen den Zugang zur Bundeswehr. Nur mit Wehrpflichtigen könne die Truppe auch zukünftig im Inland bei Katastrophenfällen im großen Umfang helfen. Dem SPD-Vorschlag einer „Freiwilligen Wehrpflicht“ erteilte er eine klare Absage – schließlich gebe es auch keine „schwarzen Schimmel“. Nicht zuletzt forderte Franz Josef Jung, die Bundeswehr müsse auch im Inland tätig werden können, wenn die Mittel der Polizei zur Gefahrenabwehr nicht ausreichen. Hierfür sei eine grundgesetzliche Klarstellung nötig.